# Regierungsforschung.de

Das wissenschaftliche Online-Magazin der NRW School of Governance

Jan Schoofs

# DIE LINKE. NRW: Kurzanalyse des Landtagswahlprogramms.

"Original sozial - konsequent solidarisch".

03. Mai 2012



UNIVERSITÄT

DUISBURG
ESSEN

## Redaktion

Matthias Bianchi, M.A.

Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106

Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179

matthias.bianchi@uni-due.de

### Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

## Sekretariat

Anita Weber Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045 Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179 anita.weber@uni-due.de

# Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

#### Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de NRW School of Governance Institut für Politikwissenschaft Lotharstraße 53 47057 Duisburg Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706 Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179 redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de www.forschungsgruppe-regieren.de www.politik.uni-duisburg-essen.de

# DIE LINKE. NRW: Kurzanalyse des Landtagswahlprogramms.

Eine Analyse des Landtagswahlprogramms "Original sozial – konsequent solidarisch." der Partei DIE LINKE. NRW anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012.

Von Jan Schoofs<sup>1</sup>

In der folgenden Kurzanalyse des Landtagswahlprogramms "Original sozial – konsequent solidarisch" der Partei DIE LINKE. NRW werden zunächst die Genese und die grobe Struktur des Wahlprogramms nachgezeichnet. Es folgt die überblickartige Darstellung der im Wahlprogramm formulierten politikfeldspezifischen Forderungen und Zielsetzungen. Abschließend wird ein kurzes Fazit über die Verortung der Partei im politischen Wettbewerb gezogen.

# Genese und Struktur des Wahlprogramms

Das Landtagswahlprogramm "Original sozial - Konsequent solidarisch" (DIE LINKE. NRW 2012a) wurde auf dem Landesparteitag am 31. März 2012 in Hagen von den Delegierten des Landesverbandes der Partei DIE LINKE. NRW einstimmig verabschiedet. Ergänzt wird das reguläre Wahlprogramm durch ein Kurzwahlprogramm ("Sozial, aktiv & unbestechlich"), das ebenfalls auf dem Landesparteitag beschlossen wurde (DIE LINKE. NRW 2012b).

Im Wesentlichen basiert das 63 Seiten starke Wahlprogramm auf dem Programm, mit dem die Partei bereits zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahr 2010 angetreten war. Die Struktur des Programms wurde beibehalten. Einzelne Aspekte wurden in Hinsicht auf die Neuwahl aktualisiert bzw. ergänzt.

Auf die Präambel mit dem Titel "Original sozial – konsequent solidarisch. Kurswechsel" folgen 12 einzelne Kapitel, in denen die Partei ihre politischen Ziele und Forderungen ausführlich erläutert. Die meisten Kapitel gliedern sich wiederum in Unterkapitel. Das Programm schließt mit dem kurzen Epilog "Original sozial – konsequent solidarisch". Tabelle 1 zeigt die Grobgliederung des Wahlprogramms und den jeweiligen prozentualen Anteil der Kapitel am Umfang des Gesamtprogramms.

1 Jan Schoofs, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsgebiete sind das politische System Deutschlands, die politischen Systeme der Bundesländer und die Parteienforschung.

Tabelle 1: Landtagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. NRW 2012

Gliederungs- punkt	Kapitel	Anteil am Gesamt- programm in Pro- zent <sup>2</sup>
Präambel	Original sozial – konsequent solidarisch. Kurswechsel	13,6%
1	Umverteilen – Schutzschirm für Menschen	13,9%
2	Es ist an der Zeit – linke Politik von und für Frauen	2,1%
3	Sozialer und ökologischer Umbau	13,6%
4	Alternativen von links – neue Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik	6,5%
5	Öffentlich statt Privat – öffentliche Daseinsvorsorge stärken	1,8%
6	Gesundheit ist keine Ware – für ein solidarisches Gesundheitswesen	5,9%
7	Bildung ist keine Ware	13,9%
8	Kultur für alle	4,7%
9	Soziale und gleiche Rechte für alle – aktive Demokratie verwirklichen	14,5%
10	Linke Politik für Seniorinnen und Senioren	3,1%
11	NRW stellt sich quer: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen	3,6%
12	Konsequent für Frieden und Entmilitarisierung Zivilgesellschaft stärken – Keine Bundeswehr im Inneren	2%
Epilog	Original sozial – konsequent solidarisch	0,7%

Quelle: eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage des Landtagswahlprogramms 2012 (DIE LINKE. NRW 2012a).

# Inhaltliche Schwerpunkte: Arbeit und Soziales, "Öffentlich statt Privat", demokratischemanzipatorische Gesellschaftspolitik

DIE LINKE. NRW legt den inhaltlichen Schwerpunkt in ihrem Wahlprogramm auf ihre identitätsstiftenden Markenkerne: Das Politikfeld *Arbeit und Soziales* nimmt einen prominenten Raum ein. Der Leitspruch "Öffentlich statt Privat" bildet die übergreifende programmatische Klammer der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Forderungen und wird auf verschiedene Art und Weise für die unterschiedlichen Politiken durchdekliniert. Im Mittelpunkt stehen die Umverteilung von Kapital und Arbeit und die Entwicklung einer demokratisch-emanzipatorischen Gesellschaftspolitik.

*Arbeit und Soziales*: DIE LINKE. NRW setzt weiterhin auf ihre alt bewährten Forderungen im Arbeits- und Sozialbereich – "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", Verbot der Leiharbeit, flächende-

<sup>2</sup> Die Anteile ergeben sich aus der Relation von der Gesamtwortanzahl des Programms zu der Wortanzahl der jeweiligen Kapitel.

ckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro, Bürgerversicherungsmodell für die Renten-, Pflege und Krankenversicherung, Ablehnung von Leistungskürzungen, Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder. Mindestlöhne sollen auch für alle mittelbaren und unmittelbaren Landesbeschäftigten gelten. In das Tariftreue- und Vergabegesetz sollen ein vergabespezifischer Mindestlohn (10 Euro) und eine Mindestschwelle (500 Euro) aufgenommen werden. DIE LINKE. NRW drängt auf die massive Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors. Durch eine "radikale Arbeitszeitverkürzung" (30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) soll Arbeit umverteilt werden. Ein weiteres Ziel ist die Ausweitung der Mitarbeiter-Mitbestimmung. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsumlage zahlen und ausbildende Betriebe dazu verpflichtet werden, ihre Auszubildenden nach einem erfolgreichen Ausbildungsende unbefristet zu übernehmen. DIE LINKE. NRW setzt sich dafür ein, das Recht auf Ausbildung in die Landesverfassung und in das Grundgesetz aufzunehmen. Eine Mindestrente dient dazu, Altersarmut zu begegnen. Ein Computer mit internetfähiger Hardware soll als sozio-kulturelles Existenzminimum anerkannt und pfändungsfrei gestellt, die Kosten für den Internetzugang in die Sozialleistungen eingerechnet werden. Die Ausweitung der Rundfunkgebührenpflichtbefreiung fordert die Partei. DIE LINKE fordert, mithilfe von progressiv ansteigenden verbrauchsabhängigen Tarifen den Grundbedarf von Strom und Gas kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Wohnraumförderung soll um 150 Mio. Euro auf rund 1. Mrd. Euro aufgestockt und der Mieterschutz verbessert werden. DIE LINKE. NRW fordert die Verankerung eines einklagbaren Rechts auf Wohnraum in der Landesverfassung.

Finanzen: DIE LINKE. NRW kritisiert die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand und lehnt Einsparungen im Landesetat (v.a. mithilfe einer Schuldenbremse) ab. Stattdessen setzt die Partei auf die Erhöhung der Einnahmen, etwa durch eine Millionärssteuer (Besteuerung aller Nettovermögen über 1. Mio. Euro mit 5 Prozent). Der Solidarpakt II soll auf bedürftige Regionen in den alten Bundesländern ausgeweitet und nach seinem Auslaufen fortgesetzt werden. Zudem fordern die Linken die Offenlegung aller Geheimverträge zwischen öffentlicher Hand und privaten Investoren. Der Banken-Sektor soll stärker reguliert, die Sparkassen in ihrem öffentlichen Auftrag sollen gestärkt werden. Zahlungen der Sparkassen an Kommunen will DIE LINKE. NRW verhindern. Die Partei möchte bei der Abwicklung der WestLB private Gläubiger an den Kosten beteiligen. Anstelle von Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst wird im Programm für einen massiven Stellenausbau plädiert.

Wirtschaft: Nach wie vor verfolgt DIE LINKE. NRW das Leitbild eines Staates, der stark in die wirtschaftliche Ordnung und in die Marktprozesse eingreift. DIE LINKE. NRW fordert die Vergesellschaftung der Energieversorger E.ON und RWE, die Rekommunalisierung bereits privatisierter Anteile von Stadtwerken und die Bindung staatlicher Subventionen und Hilfen für Unternehmen an öffentliche Beteiligungen. Opel soll in öffentliches Eigentum überführt, der Börsengang von Evonik soll gestoppt werden. DIE LINKE. NRW tritt für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Bertelsmann-Stiftung ein. Das Land soll seine wirtschaftlichen Investitionen mit-

hilfe eines Zukunftsinvestitionsprogramms für Nordrhein-Westfalen (ZIP NRW) erheblich ausweiten.

Umwelt und Energie: DIE LINKE. NRW fordert ein Landesprogramm zur energetischen Gebäudesanierung. Auch in der Energiepolitik gilt der Leitspruch "Öffentlich statt Privat" (privatisierte Anteile an kommunalen Energieversorger sollen ebenso wie die Energienetze zurück in öffentliches Eigentum überführt, E.ON und RWE sollen verstaatlicht werden; siehe Wirtschaft). DIE LINKE. NRW stellt sich gegen die Atomkraft – sie fordert den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie, den Stopp von Atomtransporten, die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Gronau, das Ende der Atommülllagerung in Ahaus und die Abwicklung aller Anlagen der Atomwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien soll rasch erfolgen. Der Sockelbergbau soll zwar "mittelfristig" erhalten bleiben, den Bau neuer Kohlekraftwerke lehnt die Partei allerdings ab. Der Braunkohleabbau soll hingegen schnellstmöglich gestoppt und die Braunkohlekraftwerke stillgelegt werden. Die sogenannte "Fracking-Methode" zum Abbau von Schiefergas lehnt DIE LINKE ab. Gegen Umweltverschmutzungen durch Industrie und Landwirtschaft will die Partei "konsequent" vorgehen. Die CO-Pipeline zwischen Krefeld und Dormagen wird abgelehnt. Gentechnik will die Partei in NRW verbieten und den Öko-Landbau weiter fördern.

Gesundheit und Pflege: DIE LINKE. NRW tritt für den Erhalt der Krankenhäuser und Universitätskliniken in öffentlicher Hand ein. Der Gesundheitssektor soll vollständiger öffentlicher Kontrolle unterliegen. Die Praxisgebühr soll abgeschafft, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sollen künftig zuzahlungsfrei sein. DIE LINKE. NRW will Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung stellen. Pflegende Angehörige sollen besser unterstützt, Pflegebedürftige möglichst lang in ihrem sozialen Umfeld versorgt werden.

Bildung: Auch in der Bildungspolitik gilt der Leitspruch "Öffentlich vor Privat": So soll Bildung von der Kita an grundsätzlich gebührenfrei angeboten werden, kostenlos sind auch die Lehrund Lernmittel sowie die Schulspeisung. Privatisierungen von Bildungseinrichten erteilt die Partei klare Absagen. Der Schulkonsens von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt. Stattdessen fordert DIE LINKE. NRW die Auflösung des herkömmlichen Schulsystems und die sofortige Einführung "einer Schule für alle", in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Kinder mit Behinderung sollen einen Rechtsanspruch auf den Gemeinsamen Unterricht bzw. auf Unterricht in einer integrativen Klasse erhalten. Die sonderpädagogischen Förderschwerpunkte "Lernen" und "emotional-soziale Entwicklung" will DIE LINKE. NRW nicht mehr diagnostizieren. Die Klassenstärke soll auf 15 Schüler begrenzt werden. Noten sollen durch schriftliche Rückmeldungen ersetzt werden, das Sitzenbleiben soll nicht mehr möglich sein. Bei Schulbusfahrten soll jedes Kind einen Anspruch auf einen Sitzplatz haben. DIE LINKE. NRW fordert die Abschaffung des "Turboabiturs" ebenso wie die Abschaffung der zentralen Abschlussprüfungen. Ein gemeinsamer Ethikunterricht soll als Pflichtfach eingeführt werden und "nach Möglichkeit" durch einen freiwilligen Unterricht "in den verschiedenen Religionen" er-

gänzt werden. Den religiösen Bildungsauftrag will DIE LINKE. NRW gänzlich aus der Landesverfassung streichen. In der Hochschulpolitik gilt der Verzicht auf Studiengebühren. Der Numerus clausus soll gänzlich entfallen. Das Hochschulfreiheitsgesetz soll zurückgenommen werden. Bachelor-Absolventen sollen künftig Rechtsanspruch auf einen Platz in einem Master-Studiengang erhalten. Die Umsetzung des Bolognaprozesses soll reformiert werden. Mehr Zeit und bessere Finanzierung von Fort- und Weiterbildung wird gefordert.

*Verkehr und Infrastruktur*: DIE LINKE. NRW plädiert für den Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs, insbesondere in ländlichen Gebieten. Die Tarife sollen gesenkt werden. Verknüpft mit einem landesweiten Nahverkehrsticket ist die Einführung eines Sozialtickets für 15 Euro Monatsbeitrag. "Mittelfristig" strebt die Partei einen komplett steuerfinanzierten ÖPNV an. Internetanbieter sollen zu einer gleichberechtigten Versorgung gesetzlich verpflichtet werden. Den Ausbau regionaler Flughäfen lehnt die Partei ab. DIE LINKE. NRW fordert Nachtflugverbote in NRW.

Inneres und Integration: Die NPD soll ebenso wie alle anderen "neofaschistischen Parteien und Organisationen" verboten werden. Gleichzeitig befürwortet die Partei den Ausbau der antifaschistischen Jugend-, Kultur- und Aufklärungsarbeit. DIE LINKE. NRW will den nordrheinwestfälischen Verfassungsschutz auflösen. Die Partei positioniert sich gegen die Privatisierung von Haftanstalten. DIE LINKE. NRW befürwortet die Einschränkung von Freiheitsstrafen. Der Datenschutz soll ausgeweitet, die Telekommunikationsüberwachung durch staatliche Stellen entsprechend eingeschränkt werden. Durch die Reduzierung von Anmeldungspflichten, den Verzicht auf anlasslose Videoaufzeichnungen und eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten will die Partei das Versammlungsrecht stärken. Inlandseinsätze der Bundeswehr werden abgelehnt. Eine Liberalisierung der Drogenpolitik soll unter anderem durch die Einführung eines "Genussund Rauschmittelkunde"-Unterrichts an den Schulen, die Einrichtung von Druckräumen und die Anhebung der straffreien Menge von Cannabisprodukten erreicht werden. In diesem Zusammenhang plädiert die Partei auch für die Festlegung von THC-Grenzwerten im Straßenverkehr. DIE LINKE. NRW will die Einbürgerung erleichtern und die mehrfache Staatsangehörigkeit ermöglichen. Die Abschiebepraxis soll gestoppt und die Abschiebehaftanstalten und Sammellager sollen geschlossen werden. Die "Sondergesetze zur speziellen Kontrolle von Menschen ohne deutschen Pass" will DIE LINKE. NRW abschaffen.

Familie: DIE LINKE. NRW tritt für den (Wieder-)Ausbau der familiären Infrastruktur in den Kommunen ein, vor allem durch einen Hort-, Kita- und Ganztagsschulausbau. Der Kinderarmut soll entgegengewirkt werden. Die Partei fordert die vollständige Rücknahme des Kinderbildungsgesetzes.

*Kultur und Medien*: In öffentlichen Einrichtungen des Landes und der Kommunen sollen freie Internetzugänge zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE. NRW will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten und reformieren (vor allem weniger Kommerzialisierung, mehr Mitbestim-

mung, uneingeschränkte Publizierungsrechte im Internet). Die Partei fordert Netzneutralität. Selbstverwaltete Freifunknetze sollen durch die Landesanstalt für Medien gefördert werden. Internetzugänge gelten für die Partei als Bestandteil des sozio-kulturellen Existenzminimums (siehe hierzu weitere Anmerkungen unter *Arbeit und Soziales*).

Kommunen: Die Kommunen will DIE LINKE. NRW finanziell besser stellen. Ihr Anteil an den Steuereinnahmen soll erhöht werden. Verschuldeten Kommunen soll eine Teilentschuldung durch das Land gewährt und ein Entschuldungsfonds soll eingerichtet werden. Im Mittelpunkt steht die Re-Kommunalisierung aller Einrichtungen der Daseinsvorsorge (v.a. der Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft). Die Partei setzt sich zudem für den Ausbau der kommunalen Wohnungsbestände ein.

Demokratie: DIE LINKE. NRW will allen in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen ein umfassendes Wahlrecht zusprechen. Das Landtagswahlrecht soll allen jungen Menschen ab 16 Jahren zustehen. Bei Kommunal- und Landtagswahlen sollen die Bürger ihre Stimmen künftig kumulieren und panaschieren können. DIE LINKE. NRW will die direkte Demokratie unter anderem durch die Senkung von Quoren, die Verlängerung der Unterschriften-Sammelfristen und die Zulassung von finanzwirksamen Abstimmungen stärken. Unternehmensspenden an Parteien sollen verboten werden. Abgeordnete dürfen nach dem Willen der Partei "nicht auf der Lohnliste von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden stehen". Diätenerhöhungen lehnt DIE LINKE. NRW ab. Sponsoring-Aktivitäten der Wirtschaft in der Politik erteilt die Partei eine Absage.

*Frauen*: Der Frauenpolitik widmet DIE LINKE. NRW ein eigenes Teilkapitel. Sie fordert die Rücknahme der Mittelkürzungen für Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Frauenprojekte. Eine einheitliche Frauenhäuser-Finanzierung ist sicherzustellen. Zudem fordert sie das Verbandsklagerecht für Frauenverbände und –organisationen. DIE LINKE. NRW tritt für eine gesetzliche Frauenquote (50 Prozent) im Zuständigkeitsbereich des Landes ein.

Frieden: Die nordrhein-westfälischen Polizeikräfte sollen aus Afghanistan abgezogen werden. Die Zusammenarbeit von Rüstungsunternehmen und Hochschulen in der Rüstungsforschung will DIE LINKE. NRW beenden. Werbeauftritten der Bundeswehr in Schulen und Arbeitsagenturen erteilt die Partei eine Absage. Ehemalige Kasernen sollen kostenlos in kommunales Eigentum überführt werden.

## Fazit: DIE LINKE. NRW bleibt auf Oppositionskurs

DIE LINKE. NRW bleibt mit ihrem Wahlprogramm "Original sozial – konsequent solidarisch" programmatisch auf Oppositionskurs zu den etablierten Landtagsparteien in Nordrhein-Westfalen und hält an ihrer systemkritischen Rhetorik fest.

Auf den beiden basalen Dimensionen des politischen Wettbewerbs – einerseits die *sozio-ökonomische* Konfliktlinie als Sozialstaatskonflikt zwischen den beiden Idealen Marktliberalis-

mus und Sozialstaatlichkeit sowie andererseits die *sozio-kulturelle* Konfliktlinie als Gegensatz zwischen libertär/modernen und autoritären/traditionalen Wertesystemen (Niedermayer 2007: 131)<sup>3</sup> – bleibt DIE LINKE. NRW ihrer bisherigen Positionierung aus dem Wahlkampf 2010 treu: Sie richtet sich programmatisch an dem sozio-ökonomischen Ideal der Sozialstaatlichkeit aus und vertritt auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie ein libertär/modernes Wertesystem (vgl. Bender et al. 2010:12). Dabei besetzt die Partei im Verhältnis zu den anderen Landtagsparteien die äußersten Politik-Positionen im nordrhein-westfälischen Parteienwettbewerb.

In Hinsicht auf den Sozialstaatskonflikt kann nach wie vor eine gewisse "Überdehnung" der Konfliktlinie konstatiert werden, die in einer expliziten Systemkritik zum Ausdruck kommt. Exemplarisch wird dies bei der Analyse der Ursachen und Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Präambel des Wahlprogramms deutlich:

"Die Ursachen der Krise liegen nicht in irgendwelchen Exzessen gieriger Manager, sondern im System selbst. Wie die Geschichte zeigt, bringt der Kapitalismus immer wieder Krisen hervor, die durch Vernichtung von überakkumuliertem Kapital sowie durch verschärfte Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen scheinbar "überwunden" werden – bis sich die Widersprüche zur nächsten Krise zuspitzen. Die Folgen dieses kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie rufen nicht nur zunehmende Armut und Missstände hervor, sondern gefährden das Überleben der Menschen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen" (DIE LINKE. NRW 2012a: 1).

DIE LINKE. NRW verfolgt vor diesem Hintergrund nach eigener Auskunft das Ziel, einen "radikalen Politikwechsel" herbeizuführen. Die "gesellschaftlichen Verhältnisse in NRW" sollen geändert werden. Die "linke Alternative" sei "der demokratische Sozialismus", das heißt "eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet" (DIE LINKE. NRW 2012a: 2). Dazu setzt DIE LINKE. NRW auf die Kraft der außerparlamentarischen Opposition. Nicht nur im Landtag von Nordrhein-Westfalen, sondern "auch außerhalb der Parlamente" will sich die Partei für ihre Forderungen einsetzen (DIE LINKE. NWR 2012a: 3 sowie 63).

Wie auch 2010 verzichtet DIE LINKE. NRW auf eine konkrete Koalitionsaussage und definiert zum Ende ihres Landtagswahlprogramms stattdessen eher vage gehaltene inhaltliche Prüfsteine: "DIE LINKE. NRW wird sich (…) an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert" (DIE LINKE. NRW 2012a: 63).

Inwiefern DIE LINKE. NRW aus Sicht der anderen nordrhein-westfälischen Landesparteien allerdings tatsächlich regierungsfähig und selbst regierungswillig ist, bleibt indes abzuwarten.

8

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch Bender et al. (2010), Debus (2008), Pappi/Shikano (2004) sowie Eith (2001).

# Quellen

**Bender**, Marvin et al. (2010): Der Duisburger NRW-Wahl-Index, Policy-Positionen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke vor der Landtagswahl 2010 im Vergleich, abrufbar unter: http://www.regierungsforschung.de/dx/public/article.html?id=32&show=type-3&by=articletype (Stand: 23. April 2012).

**Debus**, Marc (2008): Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, in: Haas, Melanie/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 57-78.

**DIE LINKE. NRW** (2010): Wahlprogramm DIE LINKE. NRW – Landtagswahl 2010. "Original sozial – konsequent solidarisch. Kurswechsel." http://www.dielinkenrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinkenrw.de/LTW/DIE\_LINKE.NRW\_Langwahlprogramm.pdf (Stand: 23. April 2012).

**DIE LINKE. NRW** (2012a): Programm zur Landtagswahl. "Original sozial – konsequent solidarisch." abrufbar unter: http://www.dielinkenrw.de/wahl\_2012/wahlprogramme/programm\_zur\_wahl\_2012/ (Stand: 23. April 2012).

**DIE LINKE. NRW** (2012b): Kurzwahlprogramm. "Sozial, aktiv & unbestechlich." abrufbar unter: http://www.dielinke-nrw.de/wahl\_2012/wahlprogramme/kurzwahlprogramm/ (Stand: 23. April 2012).

**Eith,** Ulrich (2001a): Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten, in: Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.) Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden, S. 17-34.

**Niedermayer**, Oskar (2007): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 114-135.

**Pappi**, Franz Urban/**Shikano**, Susumu (2004): Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002, MZES-Working Paper, Mannheim.